BZ

Kampf gegen Planfeststellungsbeschluss

Bürgerinitiative will Planfeststellung zum Polder Wyhl/Weisweil vor Gericht zu Fall bringen

BZ-Abo | Die Bürgerinitiative "Polder Wyhl/Weisweil – so nitt" wird gegen den Planfeststellungsbeschluss für den Hochwasserrückhalteraum klagen. 184 Mitglieder gaben am Montag grünes Licht für die Klage. 6 min



1/8 Großer Andrang bei der außerordentlichen Mitgliederversammlung der BI "Polder Wyhl/Weisweil - so nitt" am Montagabend in der Gymnastikhalle in Weisweil: Einstimmig beauftragten die 184 anwesenden stimmberechtigten Mitglieder in offener Abstimmung den Vorstand mit weiteren rechtlichen Schritten. Foto: Martin Wendel

Montag, kurz vor 19 Uhr: Die Gymnastikhalle in Weisweil ist schon nahezu voll besetzt, doch im Flur drängen sich noch viele Menschen. Für gut 160 Personen hat die Bürgerinitiative (BI) gestuhlt, am Ende sind weit mehr als 200 Menschen in der Halle. Sie ist nur frei, weil der Musikverein kurzerhand auf seine Probe verzichtet. Dennoch müssen mehr als 50 Personen stehen. Die BI-Verantwortlichen freuen sich über die unerwartet große Resonanz.

70 Neumitglieder an einem Abend

Das Thema berührt die Menschen und mobilisiert sie. Rund 320 Mitglieder hatte die BI seit Jahren; allein am Montagabend kommen laut Schriftführerin Anna Haag 70 Neuanmeldungen dazu. Am Wochenende zuvor waren es mehr als 20 und ebenso viele, seit das Landratsamt Emmendingen Ende September seinen Planfeststellungsbeschluss bekannt gegeben hatte.

7,7 Millionen Kubikmeter Wasser soll der Polder im Ernstfall aufnehmen, um die Unterlieger am Rhein zu schützen. Dazu bekennen sich auch die BI und die Gemeinden seit 25 Jahren ganz klar, betont der BI-Vorsitzende Dieter Ehret. Hochwasserschutz ja, aber kein Umbau des ökologisch wertvollen und geschützten Rheinwalds durch künstliche Flutungen – die Position und die Argumente sind bekannt. An keinem einzigen Kubikmeter Einstauvolumen habe man herumgemäkelt, unterstreicht Ehret, aber der Hochwasserschutz müsse auch für die Oberlieger verträglich sein. Es gehe um den Erhalt des wertvollen Ökosystems Rheinwald; der Begriff "ökologisch" in Verbindung mit den geplanten künstlichen Flutungen sei ein "klarer Etikettenschwindel". Die Debatten und Reaktionen der letzten Wochen zeigten klar, so Ehret, "dass die Menschen in der Region mit dem Planfeststellungsbeschluss und den Flutungen nicht einverstanden sind".

Finanzielle Unterstützung bei Rechtsstreit

"Wir sind gewappnet für einen Prozess", erklärt der BI-Vorsitzende. Seit Wochen verzeichne man viele Spenden und finanzielle Zusagen für den Rechtsstreit. Ganz wesentliche Hilfe dabei kommt von den Gemeinden Rheinhausen, Wyhl und Weisweil, die selber Mitglieder der BI sind: Sie stellen 2026 der BI jeweils 15.000 Euro für den Prozessstart bereit. So sei das Geld besser investiert als in einer aus rechtlichen Gründen absehbar erfolglosen Klage der Gemeinden, betont Rheinhausens Bürgermeister Jürgen Louis.

Der Rückblick von BI-Vize Klemens Hamann fällt ernüchternd bis bitter aus. Das Landratsamt Emmendingen sei als Planfeststellungsbehörde seiner Rolle als Schiedsrichter in der Abwägung der Argumente und Fakten nicht gerecht geworden. Nichts, was während der einwöchigen Erörterung 2022 in Wyhl an Einwänden oder Anträgen vorgebracht worden sei, sei berücksichtigt worden. Hamann bezweifelt, dass die Behörde sich für den Rückhalt in der Bevölkerung für das Projekt interessiere: "Wir sind halt nur etwas mehr als 10.000 Menschen." Und schon in den wenige Kilometer entfernten Nachbargemeinden werde das Thema Hochwasser und Rheinwald erst relevant, wenn die persönliche Radtour in Frage stehe, so Hamanns bitteres Fazit.

Enttäuscht von der Landespolitik

Ernüchternd fällt auch die Bilanz in Sachen politische Unterstützung aus, wie Hamann und Weisweils Bürgermeister Michael Baumann betonen. Zusagen vor Ort seien gefühlt spätestens jenseits des Leopoldskanals weg gewesen; in Stuttgart sei letztlich nichts davon übriggeblieben.

Reicht das Wasser überhaupt für die geplanten Flutungen? Was ist mit Gesundheitsgefahren und vor allem: Was ist mit dem Tierschutz? Der genieße laut Grundgesetz schließlich Verfassungsrang, wie ein Mitglied betont. Für das Land und die Behörden sei alles kein Problem, auch wenn die Realität im "Musterpolder Altenheim" ganz anders sei. An der Oder hätten Fachleute jedes Detail des Flusslaufs in aufwändigen Berechnungsmodellen untersucht; die betroffenen Regionen am Rhein seien dagegen nichts anders als Versuchsobjekte bei einem großen Wasserbauvorhaben, das nach dem Prinzip "Learning by Doing" ablaufe. Und die von der BI und den Gemeinden geforderte ökologische Schlutenlösung sei nicht mal ins Verfahren aufgenommen worden. Nach all diesen "Foulspielen" müsse man sich jetzt eben einen anderen Schiedsrichter suchen – den Verwaltungsgerichtshof.

> "Versprechen können wir gar nichts, aber lasst uns die kleine Chance nutzen, lasst uns kämpfen."
>
> *Klemens Hamann, BI-Vorstandsmitglied*

Jetzt geht’s auf den Rechtsweg: 184 anwesende stimmberechtigte Mitglieder stärken mit ihrem einstimmigen Votum dem BI-Vorstand den Rücken. "Versprechen können wir

gar nichts, aber lasst uns die kleine Chance nutzen, lasst uns kämpfen", wirbt Klemens Hamann vor der Abstimmung, an deren Ausgang niemand im Saal zweifelt. Eingereicht werden soll die Klage am 14. November, einen Tag vor Ablauf der Frist. Das bringe maximale Zeit für die ausführliche Klagebegründung, die binnen zehn Wochen nachgereicht werden muss. Bernd Nössler wirbt eindringlich um Mitarbeit bei der Auswertung der umfangreichen Dokumente; ein Geschäftsmann aus Kenzingen bietet Unterstützung bei der Auswertung per Künstliche Intelligenz (KI) an.

BI will alles versuchen, was das Recht hergibt

Ins Detail bei den Angriffspunkten in der Klage will der BI-Vorstand am Montag noch nicht gehen. Nur so viel: Man halte den Klimawandel für nicht angemessen berücksichtigt, aber auch fachliche Fragen zu Umweltgefahren und der Tier- und Naturschutz sollen eine Rolle spielen. Für Ehret steht fest: "Die Flutungen machen mehr kaputt, als wenn alle 10 bis 15 Jahre ein Hochwasser kommt." Einzelklagen unmittelbar betroffener Einsprecher seien möglich, müssten aber wegen des finanziellen Risikos gut abgewogen werden. Doch auch die BI wird genau prüfen müssen, wo sie mit ihrer Klage ansetzt, betont Wyhls Bürgermeister Ferdinand Burger. Wo schon Urteile zu Teilaspekten vorliegen, lohne sich eine Klage kaum. Dennoch gibt er sich kämpferisch: "Wir haben viele stichhaltige Argumente, auch wenn keiner der Anträge bislang durchgegangen ist. Wir werden die Finger in die Wunde legen, um das Beste für die Region und die Natur rauszuholen." Auch Jürgen Louis ermuntert dazu, "alles zu versuchen, was das Recht hergibt, denn wer nicht klagt, hat schon verloren". Er sieht klaren Nachholbedarf für den Schutz der Menschen bei dem ganzen Vorhaben.

Engagiert diskutiert wird am Montagabend auch, was begleitend zum Rechtsstreit abseits der BI möglich wäre, um mehr Aufmerksamkeit in der Region für das Thema zu gewinnen – von Social Media-Aktionen bis hin zu Demos, etwa an der symbolträchtigen Nato-Rampe in Wyhl. BI-Vize Bernd Nössler wirbt für Ideen: "Schlafen dürfen wir nicht und wichtig ist, zusammenzustehen."

> - **Dossier:** Unsere gesamte Berichterstattung zum geplanten Polder Wyhl/Weisweil auf einen Blick - https://www.badische-zeitung.de/polder-wyhl

Schlagworte: Dieter Ehret, Klemens Hamann, Jürgen Louis